

DIE EU AUF DER MEINUNGSWAAGE

- Von Andreas Kirschhofer – Bozenhardt -

Unlängst prangten an prominenter Stelle der renommierten Zeitung „Die Welt“ in großen Lettern die Worte: „Ist Europa zu retten?“ Im Text dazu hieß es: „Die EU war nicht nur ein Friedensprojekt, sie war auch ein Freiheitsversprechen. Auf dem Weg in den regulierten europäischen Einheitsstaat bleibt davon kaum etwas übrig.“ Bald darauf betitelte das Blatt einen weiteren Bericht mit „Brüssel, das neue Moskau“ und ätzte: „Der Richtlinienfuror der EU - Kommission bleibt ohne Widerspruch. Die Mitgliedstaaten fügen sich, so wie sich einst die COMECON - Länder ihrem Schicksal ergaben.“

Derart klare Worte sind in den österreichischen Medien schwer denkbar. Wer hierzulande öffentlich seine Stimme gegen Mißstände in Brüssel erhebt, die Rechte des eigenen Landes einfordert oder Zweifel am Segen der Zuwanderung aus den südlichen und östlichen Armutsländern äußert, stößt in der Tages- und Wochenpresse auf wenig, beim ORF auf so gut wie gar kein Gehör. Mehr noch: Er riskiert medialen Tadel bis hin zur sozialen Ächtung. Seine Kennzeichnung ist in mildester Form die Zugehörigkeit zu spießigem Kleinbürgertum, zum „Stammtisch“, zu rückständiger Gestrigkeit und zum Kreis der Wohlstandsverlierer. In einer weniger gemütlichen Beschreibung zählen die EU - Kritiker zum „rechten Rand“ mit selbstverständlicher Neigung zu Radikalismus, Rassismus und Menschenverachtung.

EU-Skepsis ist aus der Sicht der Medienmehrheit in jedem Fall Ausdruck des Bösen und politischer Blindheit. Ihre Wortführer werden mit dem Verdammungswort „Populist“ belegt, einem Stereotyp, das sich wie kein anderes dazu eignet, Diskussionen über unbequeme Zeitfragen zu beenden, ehe sie begonnen haben. Als Folge davon findet hierzulande eine ernsthafte Auseinandersetzung über das Pro und Kontra der Europäischen Union praktisch nicht statt. In den TV-Duellen der Spitzenkandidaten vor der vergangenen Nationalratswahl wurden pro Gesprächsrunde kaum fünf Minuten lang über die Rettungspolitik der EU, die Vergemeinschaftung der griechischen Schulden, den Entmündigungsprozeß einzelner Staaten oder die verschwenderische Bürokratie Brüssels geredet. Derartige Probleme bleiben von der medialen Agenda ebenso ausgeklammert wie etwa die Frage, was in der EU sinnvollerweise einheitlich sein soll und was nicht, wie weit unsere Solidarität mit korrupten Schuldenländern gehen soll, oder ob die Qualität von Zuwanderern unserem Bedarf auch tatsächlich entspricht. Benachteiligungen Österreichs unterliegen einem merkwürdigen Tabu. Das gilt in besonderem Maße für den Problembereich der Zuwanderung. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland, wo die CSU an ihrem Credo „*Wer betrügt, der fliegt*“ kompromißlos festhält, wird die Frage nach der Europagerechtigkeit hierzulande sowohl von den Regierungsparteien und den GRÜNEN, als auch von den Medien als ein Sakrileg empfunden.

Wenn man der Rolle der Medien im gegenständlichen Themenbereich nachspürt, entdeckt man eine Nachrichtenaskese, die an eine Art Informationsverweigerung über die EU grenzt. Als beispielsweise der ORF-Moderator Eugen Freund von der SPÖ zum Spitzenkandidaten der SPÖ für die Europawahl nominiert wurde, konnte er sich zunächst einer ungemein großen Neugier der Zeitungen erfreuen, die ihn zum

Teil in doppelseitigen Interviews präsentierten. Das Publikum erfuhr aus ihnen u.a., daß Freund mit Vorliebe im Soutterain der Wiener Börse sein Frühstück einnimmt, eine Uhr mit Stellschraube am rechten Handgelenk trägt und acht Westen besitzt. Nicht gefragt wurde er nach seinen Visionen vom künftigen Europa, was ihm an Brüssel mißfällt, was er für Österreich erreichen will und was er an der bisherigen EU-Politik verändern möchte. Eine ernsthafte Überprüfung der europapolitischen Kompetenz Freunds wurde in keiner Phase seines kurzen Höhenflugs versucht, ehe er sich dann wegen sozialpolitischer Ahnungslosigkeit und der Maßlosigkeit seiner ORF-Bezüge selbst diskreditierte.

Schonungslose Kritik an der EU ist in Österreich ansonsten keine Sache des Leitartikels, der die Stimme der Redaktion ausdrückt. Sie wird vielmehr den Leserbriefen überlassen. Die Diskussion findet somit am ehesten auf der Ebene des „speakers corner“ statt. Wer die Leserbriefe aufmerksam verfolgt, entdeckt jedoch erstmals die tiefe Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung.

Die österreichische Medienwelt

Zum näheren Verständnis der Situation ist es lohnenswert, einen Blick hinter die Kulissen der Medienwelt zu werfen.

Die politische Unterrichtung der Österreicher erfolgt schwerpunktmäßig durch 17 Tageszeitungen, 5 relevante Magazine und den ORF. Der an Zahl recht bescheidene Bestand an Printmedien wäre nicht weiter schlimm, wenn er mit einer politischen Vielfalt des redaktionellen Angebots verbunden wäre. Das aber ist nicht der Fall, denn mehr als die Hälfte der rund 500 österreichischen Politjournalisten bezeichnet sich selbst als links von der Mitte stehend; 34 Prozent sind bekennende GRÜNE.

Besonders einseitig ist die politische Orientierung der Publizisten in Wien. Hier bezeichnen 65 Prozent der Redakteure ihre politische Ausrichtung als links, lediglich 12 Prozent als rechts.

Bei Fernseh- und Radiojournalisten besteht zwischen Links und Rechts eine Ungleichheit von 60:8 Prozent. Dieser Sachverhalt ist besonders bedeutsam, weil der ORF von der Bevölkerung als ein quasi offizielles Medium betrachtet wird und damit automatisch einen Glaubwürdigkeitsbonus besitzt.

Die Grundhaltung der Journalisten steht letztlich in einem auffallenden Gegensatz zum politischen Selbstverständnis der Gesamtbevölkerung. Die Österreicher stufen sich nämlich nach fast allen bisherigen demoskopischen Ermittlungen knapp rechts der Mitte ein. Bei einem Test anhand eines 100-teiligen Bandmaßes, bei dem sich die Befragten zwischen „extrem links“ und „extrem rechts“ einstufen konnten, stellte sich heraus, daß sich die Polit-Redakteure im Schnitt noch erheblich weiter links stilisieren als es die SPÖ-Anhänger allgemein tun.

Meinungsdivergenzen mit der Bevölkerung

Das rot-grüne Übergewicht in der Medienlandschaft führt in vielen Problembereichen zu schroffen Meinungsdivergenzen mit den Denkmustern der Gesamtbevölkerung. Die Österreicher sind sich dieser Auffassungsunterschiede voll und ganz bewußt. Als sich das IMAS danach erkundigte, über welche Themen die Medien zu einseitig oder unvollständig berichten, verwiesen weitaus die meisten Erwachsenen (51 Prozent) in erster Linie auf die Vor- oder Nachteile der EU-Mitgliedschaft. Weitere 44 Prozent beklagten eine zu geringe oder nicht sachgerechte Berichterstattung über Mißstände bei der EU in Brüssel.

Auch zur Mehrheitsmeinung der Politiker, die vom statistischen Übergewicht von Rot und Schwarz dominiert wird, bestehen in der Regel sehr unterschiedliche Auffassungen. Bereits vor zehn Jahren zeigten sich bei einer Parallelbefragung von Bürgern, Journalisten und Parlamentariern durch das IMAS tiefe Risse zwischen den drei Gruppen.

Es bezeichneten als wichtigste Voraussetzung dafür, daß es Österreich in Zukunft gut geht: (Auszugsweise Darstellung)	Bevölk.	Politiker	Journalisten von-	
	insges.	insges.	Printme-	AV-Me-
	%	dien	dien	dien
		%	%	%
Österreichische Traditionen und Eigenheiten bewahren.....	67	39	5	7
Möglichst aktiv in der EU mitarbeiten.....	46	67	59	86
Den Zuzug von Ausländern eindämmen.....	33	11	3	x
Enge Beziehungen zu den osteurop. Nachbarn pflegen.....	32	66	78	86
Eine multikulturelle Gesellschaft verwirklichen.....	24	23	8	36
Die Zuwanderung nach Österreich fördern.....	7	5	5	14

Kraß unterschiedliche Auffassungen zwischen Politikern und Allgemeinbevölkerung wurden überdies sichtbar, als es (2007) darum ging, die Grundpositionen zur Europäischen Union und zum Lissaboner Reformvertrag zu überprüfen. Von den National- und Bundesräten ordneten 64 Prozent dem Reformvertrag eine große Bedeutung bei, von der österreichischen Gesamtbevölkerung nicht einmal halb so viele (31 Prozent); die Politiker erklärten im Verhältnis von 73: 21 Prozent, über den Beitritt Österreichs zum Reformvertrag solle allein das Parlament entscheiden, die Bevölkerung forderte hingegen mit 70:14 Prozent eine Volksabstimmung über das Problem.

Demaskierend und demokratiepolitisch bedenklich war in diesem Zusammenhang, daß die Politiker zwar in massiver Mehrheit das alleinige Entscheidungsrecht über den Reformvertrag verlangten, über den Vertragsinhalt jedoch wenig Bescheid wußten. Nur 26 Prozent von ihnen konnten behaupten, die Bestimmungen des Vertrags zu kennen, 67 Prozent der Mandatäre war die Vertragssubstanz teilweise bekannt, sieben Prozent gar nicht.

Daß die österreichischen Parlamentarier eine generell geringe Kenntnis vom Regelwerk der EU besitzen, enthüllte eine zusätzliche Frage, die auf die Ermittlung einiger Detailkenntnisse vom Bündnis abzielte. Dabei stellte sich heraus, daß lediglich zwei

Fünftel der Abgeordneten präzise sagen konnten, wie die Aufnahmekriterien für beitragswillige Länder zur EU lauten. (An der Problematik des Unwissens der Politiker ändert wenig, daß der Informationsgrad der Allgemeinbevölkerung über den Reformvertrag noch weit geringer war).

Es begann mit Hoffnungen und Euphorie

Es ist aufgrund aller einschlägigen Umfragebefunde außer Streit, daß die Österreicher der Europäischen Union heute äußerst kritisch gegenüberstehen. Dabei sind sie dem Bündnis, wie die Zweidrittelmehrheit bei der Volksabstimmung im Juni 1994 bestätigt, ursprünglich überaus freudig und in einer geradezu euphorischen Stimmung beigetreten. Die Hoffnungen verbanden sich in erster Linie mit der Vorstellung, daß durch die Mitgliedschaft die meisten Waren billiger werden. In großer Zahl geglaubt wurde außerdem an die Entstehung einer Völkerfreundschaft und daran, daß sich für unsere Jugend bessere berufliche Chancen ergeben würden. Nicht einmal ein Fünftel der Bevölkerung rechnete im zeitlichen Vorfeld des EU-Beitritts mit der Möglichkeit einer Überfremdung durch zuwandernde ausländische Arbeitskräfte, oder mit dem Verschwinden liebgewordener österreichischer Traditionen.

Die anfängliche Begeisterung war nur von kurzer Dauer. Schon vier Jahre nach dem formellen Beitritt vertraten die Österreicher im Verhältnis von 53:21 Prozent die Meinung, daß die Zugehörigkeit zur EU dem Land eher Nachteile als Vorteile brachte. Vorherrschend wurde neben vielen negativen Einzelerlebnissen der Eindruck, daß wir nach der Pfeife Brüssels tanzen müssen und nicht mehr selbst über unsere Geschicke bestimmen können.

Die Sanktionen : Ein Schockerlebnis

Und dann kamen, als Strafe für die Bildung einer schwarz-blauen Regierung, die Sanktionen gegen Österreich. Sie wurden von der Bevölkerung als Demütigung empfunden und lösten eine ungeheure Erregung, zugleich aber auch den parteiübergreifenden Wunsch nach Standfestigkeit und gemeinsamem Vorgehen aus. Weit aus die meisten Befragten erklärten im Frühjahr 2000:

- *„Wir sollten uns von der EU nicht vorschreiben lassen, welche Regierung wir zu wählen haben“;*
- *„Die von der EU gegen Österreich erhobenen Vorwürfe sind eine schreiende Ungerechtigkeit“;*
- *„Alle Parteien sollten sich gemeinsam gegen die Sanktionen der EU zur Wehr setzen“.*

Mindestens jeder dritte Österreicher war im übrigen überzeugt, die EU-Sanktionen seien nur deshalb zustande gekommen, weil manche Medien und Politiker im Ausland ein falsches Bild von der Republik gezeichnet haben. Deutlich zu erkennen war

ansonsten der Zweifel am richtigen Verhalten des Bundespräsidenten beim leidigen Problem wegen seiner demonstrativ zur Schau gestellten Ablehnung der schwarz-blauen Regierung. Als gerechtfertigt angesehen wurden die Sanktionen letztlich nur von einer elf Prozent umfassenden Außenseitergruppe

Zweifel am Zusammenwachsen des alten Kontinents

Spätestens mit der Erweiterung der Europäischen Union auf 25 Mitgliedsländer verstärkte sich hierzulande der Zweifel am Zusammenwachsen des alten Kontinents zu einer harmonischen Völkerfamilie. Während die Trommeln zur EU-Wahl 2004 gerührt wurden, blickten die Österreicher recht verdrossen nach Brüssel und Straßburg. Unter dem Eindruck eines gescheiterten EU-Gipfels in der Verfassungsfrage glaubte man zwar nicht an ein Auseinanderbrechen der Europäischen Union, wohl aber an eine Spaltung in ein Kerneuropa und in eine Restgruppe, zu der man allerdings nicht zählen wollte. Charakteristisch für das Denken der Bevölkerung war vor rund zehn Jahren ansonsten die Überzeugung -

- *daß die großen Länder wie Frankreich, Deutschland und England bestimmen werden, was in der EU geschieht und die kleinen wenig zu sagen haben;*
- *daß der Wohlstand innerhalb der EU auf lange Zeit hinaus unterschiedlich sein wird*
- *daß die Europäer zu verschieden sind, um wirklich zusammenzuwachsen und*
- *daß es ein Fehler war, die osteuropäischen Länder in die EU aufzunehmen.*

Alles in allem vertraten die Österreicher mehrheitlich die Auffassung, die EU solle sich auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränken. Ein politischer Zusammenschluß mit gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik und vielen einheitlichen Bestimmungen sei nicht gut.

Die heutige Sicht der EU

Inzwischen hat sich das Rad der Geschichte um ein ungemein dramatisches Jahrzehnt, das von Bankencrashes, weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie zweifelten Rettungsaktionen für die europäischen Schuldenländern geprägt war, weitergedreht. Die Österreicher haben auf diese Vorgänge sehr verängstigt reagiert und im Hinblick auf die EU einige widersprüchlich erscheinende Schlüsse gezogen, wobei sie von einigen früheren Positionen wieder abgerückt sind.

Verfestigt hat sich zunächst die Überzeugung, daß der Wohlstand innerhalb der EU auf lange Zeit unterschiedlich groß bleiben wird und daß die Europäer zu verschiedenartig sind, um wirklich zusammenwachsen zu können. Europa bietet den Österreichern also weiterhin ein Bild der Fremdheit. Nicht einmal ein Fünftel der Bevölkerung sagt von sich: „*Ich fühle mich mehr und mehr als Europäer*“. Ebenso gering ist die Zahl derer, die die Verbreitung einer europäischen Gesinnung als ein staatsbürgerliches Gebot betrachten.

64 Prozent der Österreicher ziehen im übrigen eine wirtschaftsbezogene Trennlinie zum Gros der Mitgliedstaaten, indem sie selbstbewußt erklären: „*Wir sind krisenfester als die meisten EU-Länder*“. Höher eingeschätzt als im übrigen Europa wird von der Bevölkerung aber auch die soziale Situation in Österreich wie z.B. die ärztliche Versorgung, die Altersversorgung, die sozialen Rechte der Arbeitnehmer und (trotz PISA) auch die Ausbildung in Schulen und Universitäten.

Ungeachtet aller Distanzgefühle hat sich bei den Bürgern in einer Mischung von Resignation und Pragmatismus allerdings die Ansicht durchgesetzt, daß unser Schicksal unabdingbar mit dem der EU verkettet ist und daß unsere Zukunft vom weiteren Werdegang der Union abhängt. 77 Prozent der Erwachsenen äußerten sich in diesem Sinne.

Dreh- und Angelpunkt der gedanklichen Beschäftigung mit der EU waren in der jüngsten Vergangenheit natürlich die in den südlichen Mitgliedsländern auflodernden Krisen. Zwei Drittel aller Erwachsenen erblicken in der europäischen Schuldenkrise eine große Gefahr für die wirtschaftliche Sicherheit Österreichs, nicht einmal jeder Fünfte taxiert sie als gering. Über die Sinnhaftigkeit des Rettungsschirms macht man sich keine Illusionen. 51 Prozent der Bevölkerung bezeichnen den Schirm als einen Fehler, denn die Schuldnerländer seien ein Faß ohne Boden und würden das Geld nie zurückzahlen. Zudem besteht ein ungemein geringes Vertrauen in die Sachkompetenz der EU zur Bewältigung der Misere. Lediglich jeder Vierte glaubt, daß auf den Führungsebenen der Union die richtigen Entscheidungen getroffen werden; weitaus die meisten Österreicher bezweifeln dies.

Januskopf der Meinungen

Die dichte Fülle negativer Ansichten vermittelt vordergründig den Eindruck, daß die Österreicher die EU in Bausch und Bogen ablehnen und am liebsten in die nationale Eigenständigkeit zurückkehren würden. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Die Umfragebefunde zeigen vielmehr, daß neben den gefühlsmäßigen Antipathien in der Bevölkerung rationale Überlegungen existieren, die einem totalen Abrücken vom Bündnis entgegenstehen.

- Eine bemerkenswert große Zahl von 43 Prozent der Österreicher stimmt neuerdings der Auffassung zu, die EU müsse so bald wie möglich eine einheitliche Wirtschaftliche Wirtschafts- und Außenpolitik betreiben;
- Nur 29 Prozent meinen, für Österreich wäre es das Beste, wieder zum Schilling zurückzukehren.

Diese Charakteristika des Stimmungsklimas fügen sich auf den ersten Blick nicht so ganz in das Bild des Zorns über die Europäische Union. Hierzu ist anzumerken, daß sich eine Gesellschaft bei ihrer Sicht von Problemen ebenso inkonsistent verhält wie ein Einzelindividuum. Auch für die Masse gilt das Goethewort von den „*zwei Seelen in der Brust*“, also die Überlegung des „einerseits und andererseits.“

Auch in der Beziehung zur EU kommt dem natürlichen Harmoniebedürfnis der Menschen, ergo dem Wunsch, alle Eindrücke möglichst widerspruchsfrei in das eigene Überzeugungssystem einzuordnen, eine große Bedeutung als Element des politischen Denkens zu. Unter diesem Gesichtspunkt interessiert der mentale Manövrierbereich der Integration, nämlich die Frage, welche Bestimmungen nach Ansicht der Bevölkerung in allen Ländern einheitlich sein und welche im Ermessen der einzelnen Mitgliedstaaten verbleiben sollten.

Keine Unterschiede sollte es nach vorherrschender Meinung bei den Umweltschutzbestimmungen geben. An zweiter Stelle des Konformitätenkatalogs steht die Befürwortung einer gemeinsamen Währung, gefolgt von einem vereinheitlichten Strafrecht, einer einheitlichen Straßenverkehrsordnung sowie gleichlautenden Bestimmungen für Tier- und Datenschutz. Stark befürwortet wird von den Österreichern überdies eine gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik, die Vereinheitlichung der Energie- und Rohstoffpreise und der Verbraucherschutz.

Deutlicher Zweifel verbindet sich bereits mit der europäischen Gleichschaltung von Sozialgesetzen (Arbeitsrecht, Arbeitnehmerschutz etc.) Noch zögernder ist die Zustimmung zu einem uniformen Gesundheitswesen, zu einheitlichen Lebensmittelpreisen, einheitlichem Pensionsalter, einheitlichem Ehe- und Familienrecht sowie nivellierten Lohn- und Einkommenssteuern.

In fünf Problemfeldern beziehen die Österreicher sehr eindeutige Abwehrhaltungen gegen eine EU-weite Gleichheit: Bei den Beiträgen zur Krankenversicherung, dem Mietrecht, insbesondere aber bei der Höhe der Löhne/Gehälter und Pensionen sowie – in allerstärkster Ausprägung – der Sprache: Lediglich 14 Prozent der Österreicher würden eine europäische Amtssprache akzeptieren, für 53 Prozent käme ein Verzicht auf die Muttersprache nicht in Betracht.

39 Prozent postulierten im übrigen als Leitsatz unserer Politik: „*Erst kommt das eigene Land, dann Europa*“.

Die Fülle empirischer Befunde verdichtet sich letztlich zu folgenden Erkenntnissen:

- Die Gefühlsbeziehung der Österreicher zur Europäischen Union ist gekennzeichnet von tiefem Unbehagen und geringer Sympathie. Es besteht eine äußerst geringe Neigung, den europäischen Integrationsprozeß aktiv zu unterstützen.
- Motivwurzeln für die innere Abwehrhaltung sind massives Unbehagen an den überregulierenden Eingriffen Brüssels, Scheu vor Souveränitätsverlusten, Unwillen zum Verzicht auf nationale Eigenheiten, tiefe Furcht vor Mithaftung für die Schuldenländer und Angst vor Überfremdung als einer Folge der Mitgliedschaft.
- Die Bevölkerung fühlt sich in ihrer Kritik an der EU nicht verstanden und vermißt eine umfassende und objektive Darstellung der Probleme durch die Medien.
- Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Österreicher im Hinblick auf die EU in einem kognitiven Streß befinden, nämlich in einer Zerrsituation zwischen großer Heimatbezogenheit und der pragmatischen Überlegung, als kleines Land

nicht überleben und sich dem Bündnis daher nicht mehr entziehen zu können. Es besteht eine unbezweifelbare Isolationsfurcht mit entsprechenden Konsequenzen für das politische Verhalten.

Kognitiver Streß führt in aller Regel zum Versuch, ihn zu ökonomischen Bedingungen abzubauen. Dieser Mechanismus erklärt zumindest teilweise die offenkundig erhöhte Neigung der Bevölkerung, sich mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ungeachtet ihrer Schattenseiten abzufinden und eine radikale Abkehr vom Bündnis auszuschließen.

Nach dem Stand der Dinge besteht in der Bevölkerung ein intensives Verlangen nach einer besseren, reineren und weniger diktatorischen, nicht jedoch an einer kollabierenden EU. Diese Haltung der Bevölkerung ist paradoxerweise gegenläufig zur faktischen Situation des Bündnisses. Europa befindet sich bei nüchterner Betrachtung nicht nur in einer Finanz-, sondern auch in einer Vertrauenskrise. Statt zu integrieren, zeigt das System Zerfallerscheinungen. Ursächlich dafür ist nicht allein der scheele Blick der Europäer auf die Brüsseler Zentralverwaltung, sondern auch das Mißtrauen untereinander: Der Norden mißtraut dem Süden, der Süden dem Norden, der Westen dem Osten und alle mißtrauen England, das eine Sonderstellung beansprucht und zu den bluts- und sprachverwandten USA eine stärkere Loyalität entwickelt als zu seinen EU-Partnern. Der Vordenker der SPD, Egon Bahr, hat nicht ganz unrecht mit seiner Aussage: „*England ist eine Provinz der USA, die den Fortschritt in Europa verhindern kann.*“

Was bedeutet das alles für den Versuch einer gemeinsamen Politik? Kann Europa mit einer Stimme sprechen, solange England an seiner divide et impera-Doktrin festhält und mit seinen Cousins in Übersee - (zum Beispiel im Bereich der digitalen Spionage) - konspiriert ?

Verlust der inneren Bindungen

Zu allergrößter Sorge veranlaßt freilich die geradezu dramatische Strukturveränderung der Bevölkerung. Demografischer Wandel bedeutet ja nicht nur, daß die Gesellschaft altert, sie wird durch die damit verwobene Zuwanderung aus dem Süden, dem mittleren und fernerem Osten auch „bunter“ und damit uneinheitlicher. Sie verliert, während man den europaweiten Zusammenhalt anstrebt, ihre gewachsenen inneren Bindungen, ihre kulturellen und religiösen Traditionen und letztlich ihre Identität.

Was die Alterung betrifft, wurden ihre Folgen zunächst vor allem im Bereich der Alten- und Gesundheitspflege vermutet. Erst spät hat die Politik erkannt, daß sich mit der Vergreisung auch ein Mangel an Humankapital einstellt. Der Wirtschaft kommen die Leistungsträger abhanden, fehlende Fachkräfte sind jedoch eine Wachstumsbremse. Mittlerweile hat ein förmlicher Wettlauf um qualifizierten Ersatz im europäischen Ausland eingesetzt. Als Beispiel dafür kann gelten, daß sich das deutsche Wirtschaftsministerium um die Rückkehr von 90 000 deutschen Fachkräften aus Österreich bemüht und daß sich unsere Unternehmen umgekehrt vermehrt in der Bundesrepublik um beruflichen Ersatz umsehen. Diese Art von Rivalität zwischen prosperierenden Nachbarstaaten ist ohne besonderen Belang. Anders sieht es aus, wenn

sich reiche Industrienationen um Fachpersonal in wirtschaftlich schwachen Mitgliedsländern bemühen, die ihre Leistungsträger selbst dringend benötigen und für die eine Abwanderung eine zusätzliche Schwächung ihrer Situation bedeutet. Hier taucht ein kniffliges Problem auf, nämlich die Entscheidung zwischen freiem, marktwirtschaftlichem Wettbewerb und der Solidarität gegenüber EU-Partnern. Wieviel inneren Wettbewerb und Konfliktpotential verträgt eigentlich eine Völkergemeinschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, ihren Wohlstand zu nivellieren und einheitlich gegen die andere Wirtschaftsblöcke aufzutreten? Soll – bildlich gesprochen – Sebastian Vettel langsamer fahren, um den anderen Boliden die Chance zu geben, gleichzuziehen?

Die Sprengkraft der Massenzuwanderung

Über allem hängt der Fluch der Uneinheitlichkeit. Besondere Sprengkraft hat die Massenzuwanderung von Menschen aus fremden Kulturen, deren destabilisierende Wirkung für die innere Harmonie von Gesellschaften zwar evident ist, von einer links-grünen Boheme im Gleichklang mit der politisierenden Caritas jedoch beharrlich geleugnet wird.

Zuwanderungspolitik galt bis in die jüngste Vergangenheit hinein als ein verfeimter Themenbereich, in dem kritische Überlegungen rasch mit dem Stempel des Faschistoiden versehen wurden. Die Frage nach dem Nutzen der Zuwanderer konnte nicht gestellt werden, ohne bei den Verfechtern einer multikulturellen Lebensform Verdacht zu erregen und Unterstellungen zu provozieren. Man übersah dabei, daß die klassischen Einwanderungsländer USA und Australien die Nutzüberlegung an die Spitze ihrer Einwanderungspolitik stellten und den Eid auf die Verfassung sowie die Anpassung an die Spielregeln des Gastlandes geradezu kategorisch forderten.

Wer heute in Europa umherblickt, stellt unweigerlich fest, daß der Zustrom von Asylanten nirgendwo zu einer Aufwertung der Lebensform oder zu ökonomischem Nutzen geführt hat. Die Integration ist meilenweit von den Zielen entfernt, die von den links-grünen Moralphilosophen vorgegaukelt wurden. Was immer mehr Gestalt annimmt, sind Parallelwelten ohne Übereinstimmungserlebnisse zwischen Stammbevölkerung und Zuwanderern.

Das Absurde am Migrationsproblem besteht in Österreich darin, daß der ORF, die Mehrheit der Printmedien sowie Linke, GRÜNE und Caritas die Schuld an der mißlungenen Integration der eigenen Bevölkerung zuschieben. Beklagt wird angebliche Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz. Die Masse der Bürger ortet das Übel hingegen im ungenügenden Anpassungsverhalten der Asylanten und deren fehlender Bereitschaft, die Ordnung des Hauses im Gastland anzuerkennen. Diese Situation ist prototypisch für viele andere Partnerstaaten. Die Bevölkerung sehnt sich nicht nur hierzulande nach kämpferischen Justizaren zur Verteidigung ihrer Traditionen und Lebensweise.

Politisches Fazit: Etwas für die europäische Einheit zu tun, beginnt damit, die Enteuropäisierung zu verhindern.